

INHALT

Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2017/2018 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften.....	64
Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde für Schule und Berufsbildung, dem Landesbetrieb Hamburger Institut für Berufliche Bildung und den Bezirksämtern der Freien und Hansestadt Hamburg über die Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten sowie Freigabe von Schulhofflächen und –sportplätzen als öffentliche Kinderspielplätze.....	84
Zweite Verordnung zum Neuerlass, zur Änderung und Aufhebung von Verordnungen für berufliche Bildungsgänge.....	86
Erlöschen einer staatlichen Genehmigung für eine Ersatzschule.....	86

Die Personalabteilung informiert:

Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2017/2018 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Betroffener Personenkreis: Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Wesentlicher Inhalt

Das Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2017/2018 und zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Juli 2017 wurde von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen und am 21. Juli 2017 im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt (HmbGVBl. S. 191) verkündet.

Die Wesentlichen Änderungsinhalte werden nachfolgend dargestellt:

Erhöhung der Besoldungsbeträge

Das Hamburgische Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2017/2018 beinhaltet für die Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg, die Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Beamtinnen und Beamten der der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts eine Erhöhung

- der Grundgehaltssätze,
- der Familienzuschläge mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
- der Amtszulagen sowie der allgemeinen Stellenzulagen,
- der monatlichen Leistungsbezüge nach den §§ 33, 34 und 35 Hamburgisches Besoldungsgesetz (HmbBesG),
- der Beträge in § 4 Absätze 1 und 2 Hamburgische Mehrarbeitsvergütungsverordnung sowie
- des Betrages der Zulage für Dienst an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen, an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12:00 Uhr sowie am 24. Und 31. Dezember nach 12:00 Uhr, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen,

ab dem 1. Januar 2017 um 1,8 %. Ab dem 1. Januar 2018 werden die Besoldungsbeträge um 2,15 % erhöht. Die Anpassungssätze in Höhe von 1,8 % und 2,15 % wurden aufgrund der Tarifeinigung für die Tarifbeschäftigten vom 17.02.2017 übernommen und jeweils um 0,2 Prozentpunkte für die Versorgungsrücklage gemindert.

Abweichend hiervon gibt es für die Grundgehälter in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9, in der Besoldungsgruppe A 10 in den Stufen 1 bis 4 und in der Besoldungsgruppe A 11 in der Stufe 1 ab dem 1. Januar 2017 eine Mindestanpassung von 1,8 % bzw. in Höhe von 75 Euro abzüglich 0,2 Prozentpunkte für die Versorgungsrücklage.

Hierzu ein Beispiel: Die Erhöhung des Grundgehalts in Besoldungsgruppe A10 in der Stufe 4 (seit dem 1. März 2016: 3.103,91 Euro) um 1,8 % würde 55,87 Euro betragen. Hier greift die o.g. Mindestanpassung um 75 Euro. Die Erhöhung um 75 Euro entspräche einer Erhöhung um 2,416 %. Davon werden 0,2 Prozentpunkte für die Versorgungsrücklage abgezogen. Das Grundgehalt von 3.103,91 Euro wird also um 2,216 % (= 68,78 Euro) auf 3.172,69,47 Euro erhöht.

Weitere Änderungen

Für die Bezüge der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gelten die Erhöhungen zum 1. Januar 2017 und zum 1. Januar 2018 entsprechend.

Die Erhöhungen gelten ebenfalls für die Ausgangsbeträge der Unterrichtsvergütung ab 1. Januar 2017 und ab 1. Januar 2018. Die Übersicht der Vergütungssätze ist als Anlage angefügt.

Die Anwärtergrundbeträge werden zum 1. Januar 2017 sowie zum 1. Januar 2018 um jeweils einheitlich 35 Euro erhöht. Daneben wird der Urlaubsanspruch der Anwärterinnen und Anwärter gemäß § 5 Satz 2 Hamburgische Erholungsurlaubsverordnung auf 29 Tage erhöht.

Durchführung

Die sich aus der nachträglichen Erhöhung ab 1. Januar 2017 ergebende Nachzahlung wird mit der Zahlung der Bezüge für Oktober 2017 vorgenommen. Ab Januar 2018 werden die o. g. Besoldungsbeträge erneut erhöht.

Die Tabellen mit den erhöhten Besoldungsbeträgen sind nachfolgend angefügt.

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.223,74	2.276,35	2.328,89	2.381,60	2.428,44	2.457,48	2.477,77	2.480,97
A 5	2.249,48	2.305,52	2.361,27	2.417,37	2.473,15	2.529,08	2.551,40	2.561,35
A 6	2.284,22	2.351,32	2.417,37	2.477,77	2.538,06	2.598,51	2.658,88	2.683,37
A 7	2.371,42	2.447,34	2.523,58	2.599,42	2.675,63	2.751,73	2.823,09	2.874,82
A 8	2.500,10	2.590,71	2.681,13	2.772,74	2.864,49	2.949,45	3.034,57	3.110,37
A 9	2.605,81	2.700,79	2.795,83	2.893,26	2.990,51	3.085,59	3.180,53	3.260,63
A 10	2.785,76	2.914,50	3.042,91	3.172,82	3.288,70	3.412,42	3.538,45	3.636,76
A 11	3.165,95	3.278,43	3.404,22	3.532,59	3.660,97	3.789,33	3.917,69	4.046,82
A 12	3.540,79	3.672,63	3.804,51	3.936,36	4.068,24	4.200,12	4.331,97	4.456,91
A 13	3.959,69	4.100,92	4.242,12	4.383,32	4.524,53	4.665,73	4.806,93	4.944,78
A 14	4.163,93	4.354,15	4.544,37	4.734,59	4.924,80	5.115,01	5.305,23	5.466,53
A 15	5.070,68	5.239,89	5.409,10	5.567,80	5.726,51	5.885,22	6.043,93	6.161,98
A 16	5.585,32	5.782,53	5.979,74	6.165,30	6.350,85	6.536,38	6.721,95	6.855,28
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.067,31
B 2	7.050,38
B 3	7.466,57
B 4	7.902,42
B 5	8.402,54
B 6	8.874,77
B 7	9.334,16
B 8	9.812,98
B 9	10.407,44
B 10	12.253,56
B 11	12.729,38

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	4.292,29	4.582,86	4.873,45	5.164,03	5.454,61	5.745,17	6.035,75	6.319,57
R 2	4.857,10	5.147,70	5.438,27	5.728,86	6.019,42	6.310,00	6.600,59	6.883,97
R 3	7.561,24							
R 4	7.997,11							
R 5	8.497,22							
R 6	8.969,46							
R 7	9.428,86							
R 8	9.907,66							
R 9	10.502,14							
R 10	12.874,54							

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.313,69	4.907,36	5.928,35

gültig ab 1. Januar 2017

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 45 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 45 Absatz 2)
alle Besoldungsgruppen	128,96	239,23

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 110,27 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 340,76 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

gültig ab 1. Januar 2017

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.014,10
A 5 bis A 8	1.133,18
A 9 bis A 11	1.186,40
A 12	1.324,25
A 13	1.355,60
A 13 + Zulage (§ 48 Nummer 2 Buchstabe c) oder R 1	1.390,04

gültig ab 1. Januar 2017

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
Hamburgisches Besoldungsgesetz	
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)	
Nummer 1	
Buchstabe a	20,07
Buchstabe b	78,49
Nummer 2	87,22
§ 49 (Zulage für Polizei und Steuerfahndungsdienst)	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
§ 50 (Feuerwehrezulage)	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen)	101,81
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)	
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte	38,35
§ 53 (Sicherheitszulage)	
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
A 4 bis A 5	115,04
A 6 bis A 9	153,39
A 10 und höher	191,73
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)	
Nummer 1	368,13
Nummer 2	294,50
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung/Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin/staatlich geprüfter Techniker)	38,35
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter)	300,00
§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern)	
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
R 1	205,54
R 2	230,08

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	
Besoldungsordnung A		
	Fußnote	
A 4	2	69,11
A 5	1	69,11
A 6	2	69,11
	3	149,92
A 9	1	278,97
A 13	1, 2, 3	283,51
	5	194,38
A 14	1	129,58
	2	194,38
A 15	2	194,38
A 16	2	217,39
A 9 (kw)	1	278,97
A 13 (kw)	1	194,38
A 14 (kw)	1	194,38
A 15 (kw)	1	194,38
Besoldungsordnung R		
	Fußnote	
R 1	1	214,88
R 2	3, 4	214,88
R 3	2	214,88

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	660,44 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	128.369,80 Euro jährlich

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.439,91	3.555,68	3.671,44	3.787,18	3.902,98	4.018,72	4.134,45	4.250,23	4.365,98	4.481,75	4.597,49	4.713,24	4.829,03	4.944,78	6.029,85
C 2	3.447,13	3.631,60	3.816,11	4.000,60	4.185,09	4.369,57	4.554,04	4.738,52	4.923,00	5.107,48	5.291,94	5.476,43	5.660,91	5.845,39	
C 3	3.781,44	3.990,30	4.199,21	4.408,10	4.616,99	4.825,87	5.034,75	5.243,64	5.452,50	5.661,41	5.870,29	6.079,20	6.288,06	6.496,94	6.705,84
C 4	4.764,84	4.974,80	5.184,79	5.394,78	5.604,77	5.814,77	6.024,74	6.234,71	6.444,68	6.654,66	6.864,66	7.074,60	7.284,60	7.494,58	7.704,56

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

gültig ab 1. Januar 2017

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	vom Hundert	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 2b	87,22	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe ¹	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungs- gruppe C 2 Fuß- note 1	104,32
				§ 41 Absatz 6 dieses Gesetzes Lehrvergütung je Stunde	40,00

¹ Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).

gültig ab 1. Januar 2018

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.271,55	2.325,29	2.378,96	2.432,80	2.480,65	2.510,32	2.531,04	2.534,31
A 5	2.297,84	2.355,09	2.412,04	2.469,34	2.526,32	2.583,46	2.606,26	2.616,42
A 6	2.333,33	2.401,87	2.469,34	2.531,04	2.592,63	2.654,38	2.716,05	2.741,06
A 7	2.422,41	2.499,96	2.577,84	2.655,31	2.733,16	2.810,89	2.883,79	2.936,63
A 8	2.553,85	2.646,41	2.738,77	2.832,35	2.926,08	3.012,86	3.099,81	3.177,24
A 9	2.661,83	2.758,86	2.855,94	2.955,47	3.054,81	3.151,93	3.248,91	3.330,73
A 10	2.845,65	2.977,16	3.108,33	3.241,04	3.359,41	3.485,79	3.614,53	3.714,95
A 11	3.234,02	3.348,92	3.477,41	3.608,54	3.739,68	3.870,80	4.001,92	4.133,83
A 12	3.616,92	3.751,59	3.886,31	4.020,99	4.155,71	4.290,42	4.425,11	4.552,73
A 13	4.044,82	4.189,09	4.333,33	4.477,56	4.621,81	4.766,04	4.910,28	5.051,09
A 14	4.253,45	4.447,76	4.642,07	4.836,38	5.030,68	5.224,98	5.419,29	5.584,06
A 15	5.179,70	5.352,55	5.525,40	5.687,51	5.849,63	6.011,75	6.173,87	6.294,46
A 16	5.705,40	5.906,85	6.108,30	6.297,85	6.487,39	6.676,91	6.866,47	7.002,67
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.197,76
B 2	7.201,96
B 3	7.627,10
B 4	8.072,32
B 5	8.583,19
B 6	9.065,58
B 7	9.534,84
B 8	10.023,96
B 9	10.631,20
B 10	12.517,01
B 11	13.003,06

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	4.384,57	4.681,39	4.978,23	5.275,06	5.571,88	5.868,69	6.165,52	6.455,44
R 2	4.961,53	5.258,38	5.555,19	5.852,03	6.148,84	6.445,67	6.742,50	7.031,98
R 3	7.723,81							
R 4	8.169,05							
R 5	8.679,91							
R 6	9.162,30							
R 7	9.631,58							
R 8	10.120,67							
R 9	10.727,94							
R 10	13.151,34							

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.406,43	5.012,87	6.055,81

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 45 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 45 Absatz 2)
alle Besoldungsgruppen	131,73	244,37

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 112,64 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 348,09 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.049,10
A 5 bis A 8	1.168,18
A 9 bis A 11	1.221,40
A 12	1.359,25
A 13	1.390,60
A 13 + Zulage (§ 48 Nummer 2 Buchstabe c) oder R 1	1.425,04

Anlage HmbBesG

Anlage IX

gültig ab 1. Januar 2018

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
Hamburgisches Besoldungsgesetz	
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)	
Nummer 1	
Buchstabe a	20,50
Buchstabe b	80,18
Nummer 2	89,10
§ 49 (Zulage für Polizei und Steuerfahndungsdienst)	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
§ 50 (Feuerwehrezulage)	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen)	101,81
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)	
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte	38,35
§ 53 (Sicherheitszulage)	
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
A 4 bis A 5	115,04
A 6 bis A 9	153,39
A 10 und höher	191,73
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)	
Nummer 1	368,13
Nummer 2	294,50
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung/Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin/staatlich geprüfter Techniker)	38,35
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter)	300,00
§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern)	
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
R 1	205,54
R 2	230,08

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	
Besoldungsordnung A		
	Fußnote	
A 4	2	70,60
A 5	1	70,60
A 6	2	70,60
	3	153,14
A 9	1	284,97
A 13	1, 2, 3	289,61
	5	198,56
A 14	1	132,37
	2	198,56
A 15	2	198,56
A 16	2	222,06
A 9 (kw)	1	284,79
A 13 (kw)	1	198,56
A 14 (kw)	1	198,56
A 15 (kw)	1	198,56
Besoldungsordnung R		
	Fußnote	
R 1	1	219,50
R 2	3, 4	219,50
R 3	2	219,50

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge)	
Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	674,64 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen)	
Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	131.129,75 Euro jährlich

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.513,87	3.632,13	3.750,38	3.868,60	3.986,89	4.105,12	4.223,34	4.341,61	4.459,85	4.578,11	4.696,34	4.814,57	4.932,85	5.051,09	
C 2	3.521,24	3.709,68	3.898,16	4.086,61	4.275,07	4.463,52	4.651,95	4.840,40	5.028,84	5.217,29	5.405,72	5.594,17	5.782,62	5.971,07	6.159,49
C 3	3.862,74	4.076,09	4.289,49	4.502,87	4.716,26	4.929,63	5.143,00	5.356,38	5.569,73	5.783,13	5.996,50	6.209,90	6.423,25	6.636,62	6.850,02
C 4	4.867,28	5.081,76	5.296,26	5.510,77	5.725,27	5.939,79	6.154,27	6.368,76	6.583,24	6.797,74	7.012,25	7.226,70	7.441,22	7.655,71	7.870,21

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

gültig ab 1. Januar 2018

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	vom Hundert	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 2b	89,10	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe ¹	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungs- gruppe C 2 Fuß- note 1	104,32
				§ 41 Absatz 6 dieses Gesetzes Lehrvergütung je Stunde	40,00

¹ Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen und
Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A**

Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
Besoldungsgruppe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	2.183,55	2.223,74		2.276,35		2.328,89		2.381,60		2.428,44			2.444,12	2.477,77		2.480,97
A 5	2.204,69	2.249,48		2.305,52		2.361,27		2.417,37		2.473,15			2.549,33	2.551,40		2.561,35
A 6	2.239,50	2.284,22		2.351,32		2.417,37		2.477,77		2.538,06		2.598,51	2.625,14	2.658,88		2.683,37
A 7	2.359,18	2.371,42		2.447,34		2.523,58		2.599,42		2.675,63	2.742,79	2.751,73	2.773,92	2.823,09	2.824,26	2.874,82
A 8	2.433,95	2.500,10		2.590,71		2.681,13		2.772,74		2.864,49	2.946,28	2.949,45	3.011,08	3.034,57	3.049,19	3.110,37
A 9	2.536,38	2.605,81		2.700,79		2.795,83		2.893,26		2.990,51	3.067,56	3.085,59	3.145,96	3.180,53	3.193,96	3.260,63
A 10	2.710,87	2.785,76	2.794,67	2.914,50	2.921,10	3.042,91	3.046,36	3.172,82		3.288,70	3.374,24	3.412,42	3.478,91	3.538,45	3.550,10	3.636,76
A 11	3.103,33	3.165,95	3.209,69	3.278,43	3.329,75	3.404,22	3.487,09	3.532,59	3.597,93	3.660,97	3.687,81	3.789,33	3.916,52	3.917,69	3.957,37	4.046,82
A 12	3.280,70	3.540,79	3.579,28	3.672,63	3.719,31	3.804,51	3.885,00	3.936,36	3.998,23	4.068,24	4.135,93	4.200,12	4.272,44	4.331,97	4.350,64	4.456,91
A 13	3.671,47	3.959,69	3.995,89	4.100,92	4.146,42	4.242,12	4.326,14	4.383,32	4.446,35	4.524,53	4.598,05	4.665,73	4.750,92	4.806,93	4.829,11	4.944,78
A 14	3.816,17	4.163,93	4.242,12	4.354,15	4.441,67	4.544,37	4.672,74	4.734,59	4.839,61	4.924,80	5.017,00	5.115,01	5.185,04	5.305,23	5.316,90	5.466,53
A 15	4.645,89	5.070,68	5.238,72	5.239,89	5.370,58	5.409,10	5.494,29	5.567,80	5.568,97	5.726,51	5.766,18	5.885,22	5.964,57	6.043,93	6.045,10	6.161,98
A 16	5.116,19	5.585,32	5.770,87	5.782,53	5.940,07	5.979,74	6.083,61	6.165,30	6.168,79	6.350,85	6.397,52	6.536,38	6.626,24	6.721,95	6.725,44	6.855,28

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungs-
Stufen und der Extrastufe der
Besoldungsordnung R**

Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																	
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R1	3.932,86	4.106,75	4.292,29	4.433,51	4.582,86	4.669,24	4.873,45	4.904,96	5.164,03	5.446,44	5.454,61	5.637,84	5.745,17	5.849,04	6.035,75	6.084,78	6.319,57
R2		4.762,60	4.857,10	5.037,99	5.147,70	5.437,10	5.438,27	5.469,78	5.728,86	5.968,08	6.019,42	6.176,96	6.310,00	6.412,70	6.600,59	6.648,43	6.883,97

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen und Überleitungsstufen
der Besoldungsordnung A**

Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																
Besoldungsgruppe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	2.230,50	2.271,55		2.325,29		2.378,96		2.432,80		2.480,65			2.496,67	2.531,04		2.534,31
A 5	2.252,09	2.297,84		2.355,09		2.412,04		2.469,34		2.526,32			2.604,14	2.606,26		2.616,42
A 6	2.287,65	2.333,33		2.401,87		2.469,34		2.531,04		2.592,63		2.654,38	2.681,58	2.716,05		2.741,06
A 7	2.409,90	2.422,41		2.499,96		2.577,84		2.655,31		2.733,16	2.801,76	2.810,89	2.833,56	2.883,79	2.884,98	2.936,63
A 8	2.486,28	2.553,85		2.646,41		2.738,77		2.832,35		2.926,08	3.009,63	3.012,86	3.075,82	3.099,81	3.114,75	3.177,24
A 9	2.590,91	2.661,83		2.758,86		2.855,94		2.955,47		3.054,81	3.133,51	3.151,93	3.213,60	3.248,91	3.262,63	3.330,73
A 10	2.769,15	2.845,65	2.854,76	2.977,16	2.983,90	3.108,33	3.111,86	3.241,04		3.359,41	3.446,79	3.485,79	3.553,71	3.614,53	3.626,43	3.714,95
A 11	3.170,05	3.234,02	3.278,70	3.348,92	3.401,34	3.477,41	3.562,06	3.608,54	3.675,29	3.739,68	3.767,10	3.870,80	4.000,73	4.001,92	4.042,45	4.133,83
A 12	3.351,24	3.616,92	3.656,23	3.751,59	3.799,28	3.886,31	3.968,53	4.020,99	4.084,19	4.155,71	4.224,85	4.290,42	4.364,30	4.425,11	4.444,18	4.552,73
A 13	3.750,41	4.044,82	4.081,80	4.189,09	4.235,57	4.333,33	4.419,15	4.477,56	4.541,95	4.621,81	4.696,91	4.766,04	4.853,06	4.910,28	4.932,94	5.051,09
A 14	3.898,22	4.253,45	4.333,33	4.447,76	4.537,17	4.642,07	4.773,20	4.836,38	4.943,66	5.030,68	5.124,87	5.224,98	5.296,52	5.419,29	5.431,21	5.584,06
A 15	4.745,78	5.179,70	5.351,35	5.352,55	5.486,05	5.525,40	5.612,42	5.687,51	5.688,70	5.849,63	5.890,15	6.011,75	6.092,81	6.173,87	6.175,07	6.294,46
A 16	5.226,19	5.705,40	5.894,94	5.906,85	6.067,78	6.108,30	6.214,41	6.297,85	6.301,42	6.487,39	6.535,07	6.676,91	6.768,70	6.866,47	6.870,04	7.002,67

Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen und der Extrastufe der Besoldungsordnung R
Anlage 2

Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)																	
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R1	4.017,42	4.195,05	4.384,57	4.528,83	4.681,39	4.769,63	4.978,23	5.010,42	5.275,06	5.563,54	5.571,88	5.759,05	5.868,69	5.974,79	6.165,52	6.215,60	6.455,44
R2		4.865,00	4.961,53	5.146,31	5.258,38	5.554,00	5.555,19	5.587,38	5.852,03	6.096,39	6.148,84	6.309,76	6.445,67	6.550,57	6.742,50	6.791,37	7.031,98

Vereinbarung-Unterrichtsvergütung

Die Vergütungssätze der Vereinbarung - Unterrichtsvergütung werden aufgrund des Gesetzes zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2017/2016 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 1,8 % und zum 1. Januar 2018 um 2,15 % angepasst.

	bis 31.12.2016	ab 1.1.2017	ab 1.1.2018
Gruppe 1	47,99 €	48,85 €	49,90 €
Gruppe 2	38,01 €	38,69 €	39,52 €
Gruppe 3	34,20 €	34,82 €	35,57 €
Gruppe 4	31,09 €	31,65 €	32,33 €
Gruppe 5	26,61 €	27,09 €	27,67 €
Gruppe 6	21,71 €	22,10 €	22,58 €
Gruppe 7	18,09 €	18,42 €	18,82 €

Die Höchstbeträge für Sonderhonorare, die lediglich in Ausnahmefällen gewährt werden können (Ziffer 3 der Ausführungsbestimmungen des Personalamtes zur Vereinbarung über die Gewährung von Unterrichtsvergütung), werden angepasst.

	bis 31.12.2016	ab 1.1.2017	ab 1.1.2018
zu 1.	47,99 €	48,85	49,90
zu 2.	67,95	69,17	70,66

Die Schulen werden insbesondere auf die Erhöhung der Stundenvergütung für Kursleiter von Neigungskursen und für die Leiter von Hausaufgabenhilfen für ausländische Schüler, mit denen gem. Ziffer 2.2.1 bzw. 2.2.2 der Richtlinien über die Einrichtung und Durchführung von Neigungskursen und Hausaufgabenhilfen für ausländische Schüler eine Stundenvergütung vereinbart ist, von bisher 18,09 € auf 18,42 € ab dem 1. Januar 2017, bzw. 18,82 € ab dem 1. Januar 2018 (Gruppe 7 der Vereinbarung – Unterrichtsvergütung) hingewiesen.

Die Erhöhung der Vergütungssätze wirkt sich für die unterrichtlichen Tätigkeiten in der Behörde für Schule und Berufsbildung wie folgt aus:

Nr.	Unterrichts- bzw. Veranstaltungsart	Vergütungssatz ab 01.03.2016 in €	Vergütungssatz ab 01.01.2017 in €	Vergütungssatz ab 01.01.2018 in €
1.	Vorlesungen, Seminare und Kurse am LI - LIA -	47,99	48,85	49,90
2.	Offene Labor- und Werkstattunterweisung am LI - LIF -	38,01 (Zeitstunde: 50,68)	38,69 (Zeitstunde: 51,59)	39,52 (Zeitstunde: 52,69)
3.	Vorlesungen, Seminare und Kurse am LI - LIF -	47,99 (Zeitstunde: 63,99)	48,85 (Zeitstunde: 65,13)	49,90 (Zeitstunde: 66,53)
4.	Vorlesungen, Seminare und Kurse an der Fachschule für Sozialpädagogik im Rahmen des sozialpädagogischen Fortbildungsstudiums	47,99	48,85	49,90
5.	Vortrags- und Vorlesetätigkeit an der Volkshochschule (ohne Tätigkeiten nach lfd. Nr. 8)	34,20	34,82	35,57
6.	Lehrgänge an der Volkshochschule, die zu einem schulischen Abschluss führen	34,20	34,82	35,57
7.	Unterrichtliche Tätigkeiten an der Volkshochschule, die inhaltlich den unter lfd. Nr. 12 aufgeführten unterrichtlichen Tätigkeiten entsprechen	21,71	22,10	22,58
8.	allgemein bildender, fachlicher, fachwissenschaftlicher und musischer Unterricht an Gymnasien und Stadtteilschulen, Studienstufen, berufliche Schulen	31,09	31,65	32,33
9.	allgemein bildender Unterricht an Grundschulen	26,61	27,09	27,67
10.	allgemein bildender Unterricht an Sonderschulen	26,61	27,09	27,67
11.	Praktisch-technische und musisch-technische Unterrichtstätigkeiten und Unterweisungen in allen Ausbildungsbereichen (ohne Volkshochschule, lfd. Nr. 8) <ul style="list-style-type: none"> • Kurzschrift • Maschinen schreiben • Bürowirtschaft • Nadelarbeit • Kochen, Werken • Übungen zum Fachunterricht • Zeichnen • Fotografie • Singen • Kulturelle Betreuung • Tanz • Sportunterricht 	18,09	18,42	18,82
12.	Unterricht an der Staatlichen Jugendmusikschule und Leitung des Jugendorchesters an der Staatlichen Jugendmusikschule	26,61 (Zeitstunde: 35,48)	27,09 (Zeitstunde: 36,12)	27,67 (Zeitstunde: 36,89)
13.	Ausbildung an Ton- und Filmvorführgeräten im LI	18,09	18,42	18,82

Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde für Schule und Berufsbildung, dem Landesbetrieb Hamburger Institut für Berufliche Bildung und den Bezirksamtern der Freien und Hansestadt Hamburg über die Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten sowie Freigabe von Schulhofflächen und –sportplätzen als öffentliche Kinderspielplätze

Inhaltsübersicht

1. Überlassung von Schulsportstätten
2. Informationspflichten
3. Zuständigkeiten
4. Verfahren
5. Beteiligung des Vergabeausschusses
6. Freigabe von Schulhofflächen und -sportplätzen als öffentliche Kinderspielplätze
7. Inkrafttreten

1 Überlassung von Schulsportstätten

- 1.1 Die Freie und Hansestadt Hamburg stellt Sportstätten staatlicher Schulen (Schulsportstätten) zur Verfügung, wenn dadurch schulische oder andere öffentliche Aufgaben nicht beeinträchtigt werden. Die Überlassung erfolgt durch öffentlich-rechtlichen Vertrag gem. Vordruck VA 1/Z 12.91/9. Die allgemeinen „Benutzungsbedingungen und -vorschriften“ in ihrer jeweils geltenden Fassung, die Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Vertrages sind, sind ebenfalls Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung.

- 1.2 Schulsportstätten dürfen grundsätzlich nur für turnerische und sportliche Zwecke und nur dann überlassen werden, wenn sie für die Ausübung der Sportart geeignet sind.

Sie sind ferner nur solchen Sportgruppen zur Verfügung zu stellen, die in den einzelnen Übungsgruppen in der Regel eine Beteiligung von mindestens 20 Teilnehmern aufweisen, es sei denn, dass die ausgeübte Sportart aufgrund ihrer Eigenart nur von wenigen Personen betrieben werden kann.

Für Wettkämpfe und Veranstaltungen mit Zuschauern dürfen Schulsportstätten nur überlassen werden, wenn sie dafür geeignet sind oder vom Nutzer dafür hergerichtet werden und besondere Einrichtungen nach der Veranstaltung wieder entfernt werden.

- 1.3 Schulsportstätten stehen grundsätzlich montags bis freitags von 17.00 Uhr bis 22.00 Uhr für außerschulische Nutzung zur Verfügung. Sie sind einschließlich der Neben- und Sanitärräume bis 22.00 Uhr zu räumen.

Die schulische Nutzung hat bis 17.00 Uhr Vorrang. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Sportausübung von Schulen und gemeinnützigen Einrichtungen sowie das von den Gesundheitsämtern durchgeführte Turnen den Vorrang haben gegenüber Veranstaltungen anderer Interessenten, insbesondere solcher, die kommerzielle Zwecke verfolgen.

Schulsportstätten können auch über 22.00 Uhr

hinaus und an Sonnabenden sowie an Sonn- und Feiertagen, regelhaft in den Frühjahrs- und Herbstferien und auch in den Sommerferien zur Verfügung gestellt werden, wenn die betrieblichen, personellen und finanziellen Verhältnisse es zulassen.

2 Informationspflichten

Grundlage einer reibungslosen Zusammenarbeit ist ein wechselseitiger Informationsaustausch zwischen den Bezirksamtern, den Schulen und den jeweiligen Dienstleistern (derzeit Landesbetrieb Schulbau Hamburg, Gebäudemanagement Hamburg GmbH, HEOS Berufsschulen GmbH & Co. KG). Dies betrifft vor allem die folgenden Punkte:

- Veränderungen
 - im personellen Bereich (Schulhausmeister),
 - in der telefonischen Erreichbarkeit,
 - der Räumlichkeiten,
- Bauvorhaben und andere Ereignisse (z. B. erhebliche Brandschäden), die die Nutzung maßgeblicher Räume einschränken und
- Sperrung und Sanierung von Sporthallen (z. B. wegen Baumaßnahmen oder bei akuter Unfallgefahr),
- Beendigung der schulischen Nutzung (Abmietung)
- Veränderungen oder Erneuerungen der Schließanlagen der Schulsportstätten

- 2.1. Die Bezirksamter benennen die Ansprechperson, an die diese Mitteilungen zu richten sind.

- 2.2. Die Dienstleister benennen den Bezirksamtern den Ansprechpartner pro Objekt.

3 Zuständigkeiten

- 3.1 Die Dienstleister gewähren den Zugang und einen gebäudetechnisch störungsfreien Betrieb

- des allgemeinen Sport- und Trainingsbetriebs,
- des Sportbetriebs in den Großsporthallen durch Vereine und Verbände, insbesondere auch an Wochenenden,
- der sportlichen Nutzung in den Ferien, soweit nicht zwingende Gründe entgegenstehen.

- 3.2 Soweit möglich und tarifrechtlich zulässig, können zwischen Dienstleister und Verein Schlüsselvereinbarungen getroffen werden. Eine Kopie ist dem zuständigen Bezirksamt und der Schule zuzuleiten.

- 3.3 Die unentgeltliche Benutzung von nicht vermieteten Schulparkplätzen durch die Mitbenutzer ist während der Mitbenutzungszeiten grundsätzlich sicherzustellen, sofern betriebliche oder techni-

sche Belange einer Mitbenutzung nicht entgegenstehen.

3.4 Bei Streitigkeiten zwischen Schulen, den Dienstleistern und Vereinen wenden sich die Schulen/Dienstleister zuerst mit der Bitte um Klärung an das zuständige Bezirksamt.

3.5 Die Bezirksamter liefern auf Anforderung aktuelle Übersichten der Nutzungen durch Sportvereine und –verbände an die Dienstleister und an die Schulen.

4 Verfahren

4.1 Schulsportstätten werden nur auf Antrag überlassen. Nutzungsanträge sind bei den Bezirksamtern einzureichen.

4.2 Die Entscheidung über die Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten sowie über Ausnahmeregelungen treffen die Bezirksamter. Eine Konzentration der Nutzungen auf möglichst wenige Standorte ist anzustreben.

4.3 Die Bezirksamter werden in jedem Fall vor der Vergabe der Schulsportstätten Dienstleister oder Schule hören und diese über ihre Entscheidung informieren. Gegebenenfalls informiert der Dienstleister die Schulleitung und optional den Eigentümer oder Vermieter.

5 Beteiligung des Vergabeausschusses

5.1 Unter Federführung des Bezirksamtes wirken im Vergabeausschuss der Hamburger Sportbund, der jeweilige Dienstleister, der Betriebssportverband Hamburg, die Behörde für Inneres und Sport und gegebenenfalls die beantragenden Nutzer mit.

5.2. Bei der erstmaligen Überlassung von neuen Schulsportstätten muss der Vergabeausschuss beteiligt werden. Bei der Erst- und Neuvergabe sollen die dem Hamburger Sportbund angeschlossenen Vereine Vorrang vor anderen Sport treibenden Gruppen und Einzelpersonen haben.

5.3. Aufgabe des Vergabeausschusses ist es, im Rahmen der Mitbestimmung von Sport und Schule/Dienstleister nach Möglichkeit eine Einigung herbeizuführen. Dem Vergabeausschuss ist eine Übersicht über die zur Beratung stehenden Anträge auf Überlassung vorzulegen.

5.4. Der Vergabeausschuss soll einberufen werden, wenn Schwierigkeiten während der Überlassung von Schulsportstätten auftreten, die in direkten Verhandlungen mit den Beteiligten nicht zu beseitigen sind.

5.5. Die Entscheidung trifft das Bezirksamt.

5.6 Die Bezirksamter teilen ihre Entscheidung über die Überlassung von Schulsportstätten nach erstmaliger Vergabe dem Antragsteller, dem jeweiligen Dienstleister, der Schule, dem Hamburger Sportbund - und bei Anträgen von Betriebssportorganisationen - dem Betriebssportverband schriftlich mit.

6 Freigabe von Schulhofflächen und Schulsportplätzen als öffentliche Kinderspielplätze

6.1 Während der unterrichtsfreien Zeiten werden grundsätzlich alle nach Lage, Beschaffenheit und Ausstattung geeigneten Schulhofflächen und –sportplätze als öffentliche Kinderspielplätze bis 20.00 h freigegeben, sofern hierfür ein Bedarf besteht. Für Schulsportplätze gilt dies nur, soweit sie nicht einem anderen Benutzer überlassen wurden

oder überlassen werden sollen.

Eine Aufsichtsperson wird nicht gestellt.

6.2 Bedarfe werden gegenüber dem jeweiligen Bezirksamt formuliert (Leitungen Fachamt Sozialraummanagement). Nach dortiger Bewertung des Bedarfs erfolgt die Einholung der Zustimmung der Schule. Die Schule verantwortet die diesbezügliche Entscheidung unter verpflichtender Einbeziehung der jeweiligen Dienstleister. Die endgültig getroffene Entscheidung ist dem Bezirksamt und den Dienstleistern mitzuteilen.

6.3 Das Bezirksamt informiert den Antragsteller über die Entscheidung.

7 Inkrafttreten

7.1 Diese Rahmenvereinbarung tritt am 01.10.2017 in Kraft.

7.2. Mit gleichem Zeitpunkt verliert die Gemeinsame Dienstvorschrift „Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten sowie Freigabe von Schulhofflächen und –sportplätzen als öffentliche Kinderspielplätze“ vom 27.09.1990 einschließlich der Bedingungen für die Überlassung und Benutzung von Schulsportstätten aus der „Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (BSJB) und dem Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (SfB) für die Bezirksamter über die Nutzung von Schulräumen und –anlagen für bezirkliche Aufgaben“ vom 01.03.2001 bezogen auf die Nutzung von Schulsportstätten ihre Gültigkeit.

Hamburg, den 22.09.2017

gez. Dr. Melzer
Bezirksamt Altona

gez. Dornquast
Bezirksamt Bergedorf

gez. Gätgens
Bezirksamt Eimsbüttel

gez. Droßmann
Bezirksamt Hamburg-Mitte

gez. Rösler
Bezirksamt Hamburg-Nord

gez. Völsch
Bezirksamt Harburg

gez. Ritzenhoff
Bezirksamt Wandsbek

gez. Dr. Alpheis
Behörde für Schule und Berufsbildung

gez. Dr. Garbade
Landesbetrieb Hamburger Institut für Berufliche Bildung

29.09.2017
MBISchul 07-2017, Seite 84

V 51/150-42.09

* * *

Die Rechtsabteilung gibt bekannt:

Zweite Verordnung zum Neuerlass, zur Änderung und Aufhebung von Verordnungen für berufliche Bildungsgänge

Vom 11. September 2017 (HmbGVBl. S. 263)

Durch Artikel 1 dieser Verordnung wird neuerlassen:

- Verordnung über die Ausbildung an einer Berufsschule (AO-BeS)

Durch die Artikel 2 bis 6 dieser Verordnung werden geändert:

- Ausbildungs- und Prüfungsordnung für berufsbildende Schulen - Allgemeiner Teil – (APO-AT)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsvorbereitungsschule (APO-BVS)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Freizeitwirtschaft (APO-FZW)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Kaufmännische Assistenz (APO-KASS)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Kaufmännische Medienassistenz (APO-KMA)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Screen Design (APO-SCD)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Uhrmacher (APO-UHR)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Tanz und Tänzerische Gymnastik (APO-TTG)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Technische Kommunikation und Produktdesign (APO-TKP)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Haus- und Familienpflege (APO-HFP)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule für Sozialpädagogische Assistenz (APO-SPA)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachschulen mit zweijähriger Ausbildungsdauer der Fachbereiche Technik, Wirtschaft und Gestaltung (APO-FS TWG)
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachoberschule (APO-FOS)
- Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Berufsoberschule (APO-BOS)

Durch Artikel 7 Absatz 1 dieser Verordnung werden aufgehoben:

- Zeugnisordnung der Berufsschule
- Verordnung über die Studententafel für die Berufsschule

Alle Anordnungen treten rückwirkend zum 1. August 2017 in Kraft. Die neuerlassenen und geänderten Verordnungen finden Sie im Internet unter dem Link www.landesrecht.hamburg.de oder unter dem Link www.schulrecht.hamburg.de.

17.10.2017
MBISchul 07-2017, Seite 86

V 34/183-03.04/15

* * *

Die Rechtsabteilung gibt bekannt

Erlöschen einer staatlichen Genehmigung für eine Ersatzschule

Die der Schul- und Lerngemeinschaft Hamburg e. V. am 18.01.2006 erteilte Genehmigung zur Errichtung einer Real-
schule als Ersatzschule nach dem Hamburgischen Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (HmbSfTG) in der Fas-
sung der Bekanntmachung vom 21. September 2004 (HmbGVBl. 2004, S. 365) ist gemäß § 7 Abs. 3 S. 1 HmbSfTG mit
Ablauf des 31.07.2017 erloschen.“

20.09.2017
MBISchul 07-2017, Seite 86

V 32/180-10.31/02

* * *

* * *

Herausgegeben von der
Behörde für Schule und Berufsbildung
der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg
(Verantwortlich: V 301-11 – Fax-Nr.: +49 40 428 63-2902 – E-Fax: +49 40 4279-67639 –
Layout: V 231-4 – Vertrieb: V 231-3)

Die Mitteilungsblätter sind unter <http://www.hamburg.de/bsb/mitteilungsblaetter> verfügbar.